

Editorial: Migration

Migration umfasst Prozesse, die weitaus komplexer sind, als in vielen Diskursen unterstellt wird. In Europa hatte historisch neben der innereuropäischen Arbeitsmigration, neben Vertreibung und Flucht vor allem die überseeische Massenauswanderung in die Neue Welt einen großen Anteil an den Migrationsprozessen und prägte wohl auch das kollektive Verständnis davon. Geschätzt wird, dass zwischen der Mitte des 19. und dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts etwa 50 bis 60 Millionen Menschen Europa verließen. Obwohl ein Viertel von ihnen zurückkehrte, wurde diese Migration wohl doch als eine Auswanderung erfahren, die aufgrund des verkehrs- und kommunikationstechnischen

Entwicklungsstands zunächst einmal wie ein endgültiger Bruch mit dem Herkunftsland erschien und es vielfach auch war. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Konstellation geändert. Europa, zunächst die zentral- und nordeuropäischen, in den letzten beiden Jahrzehnten auch die südeuropäischen Staaten, wurde selbst die Zielregion einer breiten Wanderungsbewegung. Nach Westdeutschland kamen nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1950er Jahre etwa 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus Ost- und Südosteuropa, weitere 3 Millionen aus Ostdeutschland. Ein großer Teil von ihnen erhielt das Recht auf Zuwanderung, indem sie aufgrund eines politischen Aktes als Deutsche definiert wurden, obwohl ihre Familien über Jahrhunderte in Osteuropa gelebt hatten. Diese ethnonationale Zugehörig-

keitsregelung ist auch noch für Aussiedler und Spätaussiedler in den späteren Jahrzehnten wirksam und reproduziert die Vorstellung vom Deutschtum als Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft. Seit den 1950er Jahren fand eine Zuwanderung aus den euromediterranen Ländern Portugal, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei statt, die mittels einer Reihe von bilateralen Verträgen staatlich ebenso kontrolliert wie verstärkt wurde. Seit den späten 1970er Jahren kam es zu zunehmender außereuropäischer Zuwanderung. Die etwa zwei Millionen ausländischen Arbeitskräfte, die in den 1960er Jahren nach Deutschland kamen, glichen den entstehenden Mangel an Arbeitskräften aus und pufferten den konjunkturell schwankenden Arbeitskräftebedarf ab. Entsprechend sollten sie rotieren und das Land verlassen, wenn sie nicht gebraucht würden. Bestand also am Anfang auf beiden Seiten - den ArbeitsmigrantInnen und der deutschen Gesellschaft - durchaus die Selbsttäuschung, es handele sich um einen Aufenthalt von wenigen Jahren, so änderte sich dies bald und ging in Einwanderung über. Viele der MigrantInnen - etwa 500.000 - gingen aufgrund von Erwerbslosigkeit oder nach dem Ende der Militärdiktaturen nach Griechenland, Portugal, Spanien und der Türkei zurück, versuchten sich in ihren Herkunftsländern beruflich neu zu etablieren. Die anderen hatten die unterschiedlichsten Gründe, zu bleiben: Ein Arbeitsplatz, der Verdienst und die Rente, die Gesundheitsversor-

gung und die Freunde, die Familienangehörigen, die Kinder und die Enkelkinder, die in Deutschland zur Schule gingen und nicht zurück wollten, die geringer werdende Verbindung mit dem Herkunftsland der Eltern, die Befürchtungen, aufgrund restriktiver rechtlicher Regelungen (wie dem Anwerbestop von 1973) nicht wieder nach Deutschland zurückkehren zu können. Sofern die MigrantInnen unterstellten, der Zustand des Herkunftslands wäre gleichsam statisch, irrten sie. Auch dort fanden und finden Veränderungen der ökonomischen und politischen Lebensverhältnisse, des Konsumstils und der Gewohnheiten, der moralischen, religiösen und politischen Orientierungen statt – nicht zuletzt müssen die Auswanderungsgesellschaften verkraften, dass Millionen Menschen abwandern, Lücken reißen, eine Region oder ein Land veröden lassen. Es fehlen dann die besser Ausgebildeten, die jungen, arbeitsfähigen Personen, kritische und weltoffene Individuen, solche mit Initiative, politisch Engagierte. Auswanderungsländer können aber gleichzeitig selbst wiederum Binnenmigration und Zuwanderung von Dritten erfahren. Die Rückkehr – vielleicht ursprünglich einmal eine regulative Idee des migrantischen Handelns – erwies sich nicht nur mit Blick auf die immer festere Einbindung in das Einwanderungsland als illusorisch, sondern auch mit Blick auf das Herkunftsland, das es irgendwie gar nicht mehr war und es den zurückkehrenden MigrantInnen auch nicht immer leicht machte oder gar unverständlich geworden war. Die Rückkehr erwies sich vielleicht auch nicht als so dringlich, da der Unterschied zur historischen Aus- und Einwanderung ist, dass sie heute kein endgültiger Zustand ist. Mehrfaches migrantisches Wechseln zwischen den Ländern wird möglich. Nachrichten sind über Satellitenfernsehen, Zeitungen und Radio leicht zu bekommen, die Reismöglichkeiten erlauben die Aufrechterhaltung des Kontakts mit Familien-

angehörigen und Freunden, das Einkommen erlaubt den Erwerb von Ferienhäusern und -wohnungen, die Verkehrsmittel eine hohe Mobilität. Das alltägliche Leben findet im Einwanderungsland statt, aber irgendwie auch noch im Herkunftsland. Im Dazwischen entstehen transnationale Räume, nämlich in den Milieus der Migrantengruppen selbst, die migrationsspezifische Lebensformen, Formen der Hilfe wie des Gegensatzes und Konflikts ausbilden. Vielleicht sollte angesichts solcher veränderter historischer Erfahrungen mit der Migration und der Art, wie sie von den MigrantInnen angeeignet und praktiziert wird, auch gar nicht mehr von Einwanderung gesprochen werden. Die MigrantInnen – die so häufig allein zu solchen werden, weil ihnen die Staatsangehörigkeit verweigert wird – leben hier und dort, sie sind dieselben und gleichzeitig andere – hier und dort. Manchmal eine schwierige und zerrissen-selbsterzöerische, manchmal eine bereichernd neue Form der Identität. Der Ausdruck Einwanderung will da etwas in eine Richtung vereindeutigen und die komplexe Situation schlichten; er ist deswegen so missverständlich, weil er ordnungsorientiert unterstellt, die Gesellschaft, in die eingewandert würde, sei eine, die als solche identisch sei, die die Zuwandernden integriere, in etwas aufnehme, was als solches beständig bleibe, während es doch mit dem Ereignis der Migration schon sich ändert.

Bekanntlich macht Deutschland es den MigrantInnen nicht leicht. Arbeits- und Wohnverhältnisse waren über lange Zeit miserabel und sind es noch. In Bildung und beruflichen Ausbildung sind MigrantInnen stark benachteiligt, ebenso bei Einkommen, beruflichen Positionen und auf dem Arbeitsmarkt. Wo das politisch erkannt wurde, wurde es im innenpolitischen Streit häufig noch als Argument gegen die MigrantInnen eingesetzt und mit der Forderung nach Rückkehr in die Herkunftsländer verbunden. Als Reaktion darauf, dass MigrantInnen, wie das in Migrationsprozessen allgemein

üblich ist, Nachbarschaften bilden, sich ihre Infrastruktur in der Form von Lebensmittelgeschäften, religiösen und sozialen Treffpunkten, Kneipen und Cafés, Arztpraxen und Computerläden schaffen – etwas, was ihnen nicht nur Vertrautheit und Hilfe, sondern auch eine gewisse Sicherheit vor Aggression und Übergriffen gibt –, wurde in den 1970er Jahren vor der Entstehung von „Ausländerghettos“ und in jüngerer Zeit vor der von „Parallelgesellschaften“ gewarnt. Auch das ist eine falsche Vereindeutigung. Wie im Fall des Ghettos (vgl. dazu den Beitrag von Loic Wacquant in *PROKLA* 134) haben migrantisch geprägte Stadtteile und Nachbarschaften die widersprüchliche Bedeutung, dass sie einerseits den dominanten Kräften der Einwanderungsgesellschaft ermöglichen, MigrantInnen ab- und auszugrenzen, dass andererseits MigrantInnen sich hier vor deren Zumutungen besser schützen und auf wechselseitige Hilfe rechnen können. Die Anwerbung war verbunden mit der Erwartung, die „Gastarbeiter“ würden nur kurze Zeit in Deutschland bleiben. Als deutlich wurde, dass diese Erwartung fehl ging, wurde die Anwerbung gestoppt, Nachzugsbeschränkungen eingeführt, das Asylrecht verändert, Integrationsmaßnahmen diskutiert, für Maßnahmen zur Förderung der Rückkehr insbesondere der ArbeitsmigrantInnen plädiert, die nicht zur selben Zivilisation und Kultur gehörten und deswegen nicht als integrierbar und assimilierbar galten. Die deutsch-deutschen Arbeiter und Gewerkschaften waren bereit, die Arbeitsmigration zu akzeptieren, solange sie sich nicht nachteilig auf Arbeitsmarkt und Löhne auswirkte, und solange sie sich ausrechnen konnten, durch eine Unterschichtung selbst noch faktisch besser gestellt zu werden. Proteste der MigrantInnen gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen, gegen niedrige Löhne, schlechte und teure Unterkünfte wurden von den Unternehmern und Politikern durchaus auch mit Unterstützung der Gewerkschaften bekämpft.

Teile von ihnen wandten sich in den 1970er Jahren noch gegen die allmählich aufdrängende Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, und befürchteten eine Desintegration der Gesellschaft. Auch heute lässt sich die Tendenz der Klassenspaltung beobachten: so ruft eine Gewerkschaft wie die IG Bau dazu auf, migrantische Schwarzarbeiter auf Baustellen zu denunzieren, anstatt gemeinsam mit ihnen für bessere Arbeitsbedingungen im europäischen Raum zu kämpfen. Nicht unerwähnt lassen kann man in diesem Zusammenhang die Äußerung von Oskar Lafontaine: „Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“ Für das Projekt der Linkspartei – für die Lafontaine prominent spricht – kann dieser Satz wie ein Sprengsatz wirken. Denn für die Linke war nicht nur die kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft konstitutiv gewesen (auch wenn dies heute zum Teil wieder bestritten wird). In den gemeinsam mit MigrantInnen durchgeführten Hausbesetzungen in den 1970er Jahren, der gemeinsamen Betriebsarbeit, dem gemeinsamen Kampf gegen die Neonaziszene seit Ende der 1970er Jahre, in kritischen Diskussionen über Formen und Ausmaß des Antisemitismus, in den Antifa-Gruppen und der Bekämpfung der Gewalt gegen MigrantInnen und Flüchtlinge seit Anfang der 1990er Jahre hat die Linke eine lange und sie prägende Erfahrung in der Auseinandersetzung mit und der Bekämpfung von Rassismus und Neorassismus gesammelt. Selbst wenn es politisch richtig ist, Menschen, die in die Rechte abdriften, für demokratische und sozialistische Positionen zurückzugewinnen, darf dies nicht mit Zugeständnissen an rechte Ideologie geschehen – wenn man zunächst einmal in dubio pro reo unterstellt, die Rede von den Fremdarbeitern gehöre nicht schon längst zu einem national-keynesianischen Diskurs, der sich

zwanglos in den Geist der Volksgemeinschaft einfügt. Ebenso problematisch ist das in vielen Hinsichten falsche Argument, es seien ArbeitsmigrantInnen, die mit Niedriglöhnen den Familienvätern und Frauen Arbeitsplätze „wegnehmen“. Es sind von Arbeitslosigkeit besonders ArbeitsmigrantInnen, auch sie Familienväter und Frauen, betroffen. Das Dilemma, mit dem das Kapitalverhältnis die Menschen konfrontiert, ist grundlegender: entweder die Produktionsmittel gehen dorthin, wo Arbeitskräfte billig sind, oder diese Arbeitskräfte kommen durch eigene Not und Antrieb oder Anwerbung an den Ort, wo die Produktionsmittel konzentriert sind. Das Dilemma ist also dasjenige nationalstaatlicher Politik auf der Grundlage eines kapitalistisch formierten und neoliberal restrukturierten Weltmarkts. Hat das Kapital Zugriff auf die globale Arbeitskraft, wird dies zwangsläufig in all den Produktionsbereichen die Löhne senken, in denen es ein großes Angebot an Arbeitskräften gibt. Hohe Löhne lassen sich nur durch eine nationalstaatliche Regulierung und Begrenzung des Arbeitsmarktes sowie wettbewerbsfähige Produktivitätsvorteile erhalten; dies geht wiederum zwangsläufig zu Lasten des globalen Gesamtarbeiters und der gesellschaftlichen Entwicklung eines großen Teils der Menschheit. Die Konkurrenz der Arbeitskräfte und der Gesellschaften muss durch Solidarität und durch Überwindung der Verhältnisse bekämpft werden, die aus menschlichen Produktionsfähigkeiten eine Ware machen. Das wäre Bestandteil eines verantwortungs- und geschichtsbewussten Projekts der Linken, das nicht die Erfahrungen und Einsichten mehrerer Jahrzehnte der sozialen Auseinandersetzung für einige unsichere Wahlstimmen aufs Spiel setzt.

Vollends illusorisch ist aber Lafontaines Äußerung dort, wo sie dem Kontrollwahn der gesellschaftlich herrschenden Gruppen verfällt, die die Migration als passives Objekt staatlicher Kontrolle und Steuerung betrachten. Neoliberal ausge-

richtet möchten sie die Freiheit von Geld, Technologie und Waren, nicht jedoch der Arbeitskräfte, der Individuen, die doch sonst immer als Freie beschoren werden. Einige Jahrzehnte bundesdeutscher und europäischer Migrationserfahrung beweisen, dass diese Kontrollpolitik unrealistisch ist. Sie war verbunden mit der Herstellung eines bestimmten Marktes unter den Bedingungen der fordistischen Regulation, also den Bemühungen, zwischen dem Produktionsapparat, den Arbeitskräften und dem Konsum ein eingespieltes und ausgewogenes Verhältnis herzustellen. Dieser Regulationsmodus ist aus vielen Gründen in die Krise geraten. Auch die MigrantInnen haben dazu beigetragen. Mit ihrer spezifischen Praxis, mit einer unkontrollierten und unkontrollierbaren Mobilität und Zuwanderung, haben sie Voraussetzungen des rigiden Akkumulations- und Konsummodells untergraben: dazu gehören bevölkerungspolitische Regulierungen, Formen der rassistischen Dominanz oder die politische und soziale Teilhabe nur für wenige, während die vielen in der Weltgesellschaft den Preis der Armut, des Krieges, der Umweltzerstörung, der ständigen konsumistischen Verführung ohne Einlösung zahlen sollen. Die zwanghaften staatlichen Steuerungsversuche haben auch für die deutsch-deutschen Lohnabhängigen nachteilige Folgen. Denn sie zwingen vielen MigrantInnen die Illegalität und Informalität auf und machen sie damit zu Lohndrückern, die sich auch selbst schaden, indem sie die Absenkung der Löhne unter das durchschnittliche Lohnniveau ermöglichen.

Vor allem führt die Kontrolle zu einem neuartigen Grenzregime, dessen Grundlage das Schengen-Abkommen und die Schaffung einer gemeinsamen EU-Außengrenze ist. Es kommt a) zu einer Deterritorialisierung der Grenze, indem staatliche Kontrolle nicht mehr entlang einer geographisch fixierten Linie entlang stattfindet, sondern die staatlichen Organe selbst mobil sind und an geographisch

weit auseinanderliegenden Knotenpunkten Personen, Kommunikationen und Gegenstände informationstechnisch erfassen und überwachen. Die Grenzüberwachung wird b) informalisiert, indem zivilgesellschaftliche Organisationen freiwillig grenzpolizeiliche Unterstützung geben und Informationen sammeln. Schließlich wird c) das Grenzregime diversifiziert, indem politische und verwaltungstechnisch verschiedene Migrationsgruppen konstruiert werden: Migranten mit Geld, mit Qualifikationen, Angeworbene, SaisonarbeiterInnen, Asylbewerber, Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, Geduldete, Wirtschaftsflüchtlinge, kriminalisierte und illegalisierte MigrantInnen. Es kommt zu einer Reorganisation der Polizei und ihrer Befugnisse (Ausweitung der Befugnisse des BGS und Umbenennung in Bundespolizei, Aufweichung der Grenze zwischen Polizei und Geheimdiensten, Definition von Bahnhöfen und Zugstrecken als grenzschutzrelevant), einer rigiden Gesetzgebung, ein Netz von Lagern wird gespannt, rassistische Orientierungen werden sozialtechnisch kontrolliert und reproduziert (vgl. dazu Tobias Pieper in *PROKLA* 136); die Außengrenzen werden weit nach außen verlagert in die Auswanderungsländer, Durchgangsländer, in Auffanglager. Die Folgen des neuen Grenzregimes sind vielfache Gewalt und Tod. Es ermöglicht jedoch weniger die geplante Kontrolle als dass es vielmehr eine neue und breite Grauzone zwischen legalen und illegalen Formen des Aufenthalts und der Zuwanderung schafft, die selbst durchaus funktional werden kann. Das zur Schwächung und Einschränkung des politischen Asyls herangezogene Argument, Flüchtlinge seien nur Wirtschaftsflüchtlinge, ist besonders verlogen dort, wo alles um Ökonomie geht – so als sei die Flucht vor der Arbeitslosigkeit, dem Wunsch nach Arbeit, Überleben, dem besseren Verdienst und Konsum – der jeden Tag auch in den Ländern des Südens angepriesen wird – weniger achtbar als die politische Flucht, so als

sei das moralisch minderwertig und verachtenswert. Es ist die blanke Heuchelei, wenn doch gleichzeitig in unserer Gesellschaft sogar noch die Institutionen der sozialen Demokratie auf ihre Kosten hin geprüft werden und der Wunsch nach Freiheit von dem Zwang der Naturgesetze des Marktes als der Traum schöner Seelen diskreditiert wird.

Es ist eine wichtige Einsicht der Beiträge dieses Heftes, dass die Migranten nicht nur passive Opfer sind, sondern die Migration auch eine Form darstellt, wie sie selbst zu Handelnden werden und ihre Lebensverhältnisse verändern. Die Bedingungen, unter denen sie flüchten oder auswandern müssen, sind zumeist bedenklich; und sicherlich wäre es besser, die Menschen hätten die wirtschaftlichen, politischen, geschlechtlichen, kulturellen und Umweltbedingungen, dort zu bleiben, wo sie leben, wenn sie das möchten – auch wenn ein Problem wie das des Lohndrucks auf einem globalisierten Arbeitsmarkt damit noch nicht gelöst wäre. Die Verhältnisse, die zur Migration zwingen und die staatlichen Versuche, sie abzuwehren, sind irrationale Formen einer Freiheit der Individuen, sich auf dem Globus zu bewegen. Eine versöhnte Form des assoziierten Zusammenlebens der Individuen, die das Wort fremd vielleicht gar nicht mehr in ihrem Vokabular hätte, würde wohl kaum in einer beschränkten Lebensform bestehen, die alle zur Ortsansässigkeit und zum Leben in homogenen Gruppen zwingt. So wirft auch die Migration die Frage nach dem Verhältnis von Notwendigkeit und Freiheit auf. Ein solches Moment von Freiheit findet sich dort, wo MigrantInnen die Migration nutzen, ihre Lebenslage zu verändern und zu verbessern. Sie verändern sie dort, wo sie weggehen, und ebenso dort, wo sie ankommen. Wenn sie kommen und die Aufnahmegesellschaft nicht in Feindseligkeit und Rassismus erstarren soll, dann muss sie sich ändern, und dann müssen die Zugewanderten unter den gleichen Bedingungen leben, arbeiten und sich

am gesellschaftlichen Leben in allen seinen Aspekten beteiligen können. Auch wenn dies zu Konflikten über verschiedene Lebensformen führen kann, sollten sie dies tun können, ohne auf eine Integration verpflichtet zu werden, die im Prinzip mit der Forderung nach Anpassung und Assimilation verbunden ist, weil die Gesellschaft als eine zwanghafte Einheit gesehen wird, die durch die „Fremden“ in ihrem Zusammenhalt bedroht ist.

Das politische Ziel, den Migrant*innen in der besten Tradition der bürgerlichen Revolution als Steuerzahlern auch die politischen Bürgerrechte zu gewähren, ihnen den Zugang zur Staatsbürgerschaft und zum Wahlrecht zu erleichtern, wurde durch die jüngsten Gesetzesreformen in Deutschland nur sehr beschränkt erreicht. Nach wie vor hat Zuwanderung eher eine negative Bedeutung und stößt auf restriktive Bedingungen; der bürokratische Umgang mit Ausländern ist vielfach schikanös. Wenn auch gegenwärtig etwas in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gedrängt, gibt es sowohl einen verbreiteten Alltagsrassismus als auch einen institutionellen Rassismus. Die unsäglich nationalchauvinistische Diskussion über die deutsche Leitkultur liegt noch nicht so lange zurück. Einmal mehr hat sie vor Augen geführt, welche autoritär-harten Implikationen ein so harmlos-weicher Begriff wie derjenige der Kultur besitzt. Mit der Leitkultur wurde die Vorstellung einer nationalen Kultur wiederbelebt, die ihrerseits definiert werden muss durch Tradition, Herkunft, Sprache und am Ende ihre Grundlage in einer Abstammungsgemeinschaft, einer biologischen Entität findet. Diese Ideologie ist geeignet, zur Assimilation zu zwingen, und von den spezifischen Lebensformen, die die Migration hervorbringt, abzusehen. Es ist eine autoritäre Geste auch denen gegenüber, die als Deutsche zu Deutschen gemacht werden. Denn nun werden sie einer nationalen Kultur unterworfen, die sie gleichsam durch ihre Herkunft schon

repräsentieren. Diese Kultur begründet alle Konflikte unter dem Leichentuch einer nationalen Siegerkultur, die den Unterschied zwischen Ernst Jünger und Bertolt Brecht, zwischen Martin Heidegger und Theodor W. Adorno vertuscht und allein die „Größe“ anerkennt. Der Anspruch auf Leitkultur kann sich auch noch gegen Italiener und Spanier, Polen und Griechen richten. Eine andere Stufe derselben Diskussion ist die über die abendländische Tradition, der Deutschland, der Europa verpflichtet sein sollte: europäische Identitätsbildung durch Rückbesinnung auf das Christentum und durch Abgrenzung vom Islam. Gefördert wird ein Syndrom, das aus der Ablehnung der Türkei, „Arabern“ und der Menschen islamischen Glaubens zusammengesetzt ist. Diese Elemente werden stereotyp zu einer diffusen Einheit konstruiert und dienen der Mobilisierung von Feindseligkeit. Noch die Diskussion des deutschen Bundestags über den Völkermord an den Armeniern bedient dieses antiislamische Stereotyp, solange nicht geprüft und diskutiert ist, inwieweit deutsche Militärs dabei selbst eine maßgebende Rolle gespielt haben. Mit einer gewissen Gefühlsduseligkeit werden Individuen islamischen Glaubens oder türkischer Herkunft pseudo-verständnisvoll zu Anderen gemacht – ohne die Betroffenen zu fragen, ob sie anders sein wollen. So können sie dann auch sogleich als derart anders gelten, dass sie als unfähig zur Demokratie, als sexistisch, als nicht integrierbar, als gefährlich abgelehnt werden. Bei der Verteidigung der Abendlands, ihres Monopols auf Kirchensteuer und Religionsunterricht sind auch die sonst so multikulturellen evangelischen Kirchen dabei. Gefährlich verstärkt wird das antiislamische Syndrom durch die Angst vor dem Terrorismus und die Islamisierung des Islam. Dass die Anschläge in London von gut integrierten jungen Einwanderern durchgeführt wurden, führt zu Trotz. Patzig erklärte Queen Elizabeth, die Terroristen würden es nicht schaffen, dass die Briten

ihren Lebensstil änderten. Warum eigentlich nicht? – stellt sich als Rückfrage, er hat sich doch schon längst geändert, und er hat sich schon längst geändert durch Einwanderung und durch obsessive Sicherheitsmaßnahmen. Und müsste er sich nicht noch mehr ändern, wollen sich die Briten ersparen, was Tony Blair nun von George Bush zu übernehmen plant, nämlich die Aberkennung der britischen Staatsangehörigkeit für Unterstützer des Terrorismus? Das wäre die offizielle Rückführung der Staatsbürgerschaft auf ein ethnisch-rassistisches Kriterium, denn aberkannt würde sie wahrscheinlich nur bei MigrantInnen. Wie soll man sich das vorstellen: dass es demnächst eine Vielzahl von Staatenlosen aller möglichen Staaten gibt, die nirgendwo mehr ein staatliches Bleiberecht haben? Zweifel an jenem Lebensstil und einer Praxis sind angebracht, die Indivi-

den nur noch in ethnischen und religiösen Kategorien wahrzunehmen erlaubt, sie dazu drängt, sich in irrationale Formen von religiösen Heilsversprechen zu flüchten. Noch eine Generation früher waren in denselben Stadtvierteln diejenigen aktiv, die antirassistisch und mit Gesellschaftskritik gegen das neoliberale Englischsein kämpften. Werden die sozialkritischen Formen, die den Erfahrungen der Ausbeutung, Diskriminierung, Gewalt, Verzweiflung und Wut eine verändernde Perspektive geben, zerstört, suchen sie sich destruktive und irrationale Wege. Auch das wäre Aufgabe eines linken Projekts, die MigrantInnen der verschiedenen Generationen nicht zu polarisieren, sondern gemeinsam, um Emanzipation zu kämpfen und sich mit ihnen zu neuen Praktiken internationalisierter Koalitionen zu verbinden.

PROKLA 141 – Die Zukunft ist links!

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre entwickelte sich eine neue Welle des sozialen Protestes gegen die Zumutungen der Globalisierung, gegen Kriegspolitik wie auch gegen den neoliberalen Abbruch der Systeme sozialer Sicherung. Die gesellschaftlichen Träger dieses Protestes sind ebenso vielfältig wie seine Ziele, Organisationsformen und strategischen Orientierungen. PROKLA 141 stellt die grundsätzliche Frage ins Zentrum, mit welchen Konzeptionen der gegenwärtige Kapitalismus „auf der Höhe der Zeit“ zu kritisieren ist. Lassen sich nur Alternativen innerhalb des Kapitalismus formulieren oder auch Alternativen zum Kapitalismus? Was sind die Voraussetzungen solcher Alternativen, wenn es sich nicht bloß um fromme Wünsche handeln soll? Und was bedeutet dies für die strategischen Optionen von Bewegungen und Organisationen, in welcher Weise können Alternativen umgesetzt werden?